

Oliver Fischer

Perspektiven für ein Europäisches Urheberrecht



Nomos



Stämpfli Verlag



ABHANDLUNGEN ZUM
URHEBER- UND KOMMUNIKATIONSRECHT

des Max-Planck-Instituts für
Innovation und Wettbewerb

Herausgegeben von
Josef Drexl
Reto M. Hilty
Gerhard Schricker
Joseph Straus

Band 58

Oliver Fischer

Perspektiven für ein Europäisches Urheberrecht



Nomos



Stämpfli Verlag



Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG WORT.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: München, Univ., Diss., 2013

ISBN 978-3-8487-1442-1 (Print)

ISBN 978-3-8452-5489-0 (ePDF)

ISBN 978-3-7272-7747-4 (Stämpfli Verlag AG Bern)

Die Schriftenreihe ist bis Band 51 beim Verlag C.H. Beck, München erschienen.

1. Auflage 2014

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Für meine Mutter, für Alex und für Danilo

Vorwort

Die Europäische Union blickt auf eine fast 25-jährige Geschichte urheberrechtlicher Rechtsetzung zurück, die inzwischen neun spezifisch urheberrechtliche Richtlinien hervorgebracht hat. Dieser urheberrechtliche *acquis* hat die Rechtsprechung in der Union in wachsendem Maße beschäftigt und ist bereits eingehender wissenschaftlicher Betrachtung unterzogen worden. Im Vordergrund stand dabei jedoch zumeist die Untersuchung der materiellen Regelungen des *acquis*, ohne dass die Methode der Rechtsangleichung, die Richtlinien-technik, grundlegend hinterfragt worden wäre. Diese Untersuchungen haben indes die Grenzen der Harmonisierungsmethode aufgezeigt.

Erst in den letzten Jahren scheint sich die Suche nach alternativen Möglichkeiten einer Rechtsvereinheitlichung auf die Frage zuzuspitzen: brauchen wir eine europäische Urheberrechtsverordnung, also ein echtes Europäisches Urheberrecht? Dieser Frage und den sich daran anschließenden Fragen nach materiellrechtlichem Umfang, Verhältnis zu den nationalen Urheberrechten und Realisierungsmöglichkeiten, will diese Arbeit nachgehen. Mit ihr sollen keine Vorschläge für die materiellrechtliche Ausgestaltung einer solchen Urheberrechtsverordnung unterbreitet, aber doch eine gedankliche Vorarbeit geleistet werden, auf der ein „echtes“ Europäisches Urheberrecht aufsetzen könnte.

Die vorliegende Arbeit wurde in ihrer ursprünglichen Fassung im Herbst 2013 von der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen.

Meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Reto M. Hilty, danke ich herzlich für die sehr engagierte Betreuung meiner Arbeit. Seine Ratschläge und seine stete Unterstützung haben diese Arbeit nachhaltig bereichert und geprägt. Ihm ist es auch zu verdanken, dass ich diese Arbeit am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb in München verfassen konnte, welches mein Dissertationsvorhaben durch Gewährung eines Stipendiums gefördert und mir darüber hinaus ein einzigartiges Umfeld des akademischen Arbeitens und des Austausches mit anderen Stipendiaten geboten hat. Dank gebührt auch Frau Professor Dr. Annette Kur für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Schließlich danke ich meinen Freunden, die mir sowohl in fachlicher als auch menschlicher Hinsicht Stütze bei meinem Promotionsvorhaben waren. Ganz besonders danke ich meinem Bruder Alexander, ohne dessen nicht nur technische Unterstützung diese Arbeit nicht in der vorliegenden Form hätte erscheinen können.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	25
Erster Teil: Die Kompetenzen der Europäischen Union im Bereich des Urheberrechts	29
§ 1 Kompetenzen als (veränderbare) Rahmenbedingungen gesetzgeberischer Tätigkeit der Union	31
§ 2 Grundsätzliche Anwendbarkeit des Unionsrechts auf den Bereich des Urheberrechts	35
I. Die Nichterwähnung des Urheberrechts im europäischen Primärrecht	35
II. Ausklammerung aus dem Anwendungsbereich des Unionsrechts	38
1. Art. 36 AEUV (Art. 30 EGV, Art. 36 EWG)	38
2. Art. 345 AEUV (Art. 295 EGV, Art. 222 EWG)	39
a) Art. 345 AEUV als negative Kompetenzbestimmung	39
b) Der Begriff der Eigentumsordnung	40
3. Art. 351 AEUV (Art. 307 EGV, Art. 234 EWG)	43
III. Zwischenergebnis	43
§ 3 Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	45
§ 4 Mögliche Kompetenztitel der Union im Bereich des Urheberrechts	47
I. Art. 207 AEUV (Art. 133 EGV, Art. 113 EWG)	47
1. Das Urheberrecht als Teil der gemeinsamen Handelspolitik oder der Handelsaspekte des geistigen Eigentums	48
a) Entwicklung des Begriffs der gemeinsamen Handelspolitik	49
aa) Der Begriff der gemeinsamen Handelspolitik auf internationaler Ebene	49
bb) Der unionsrechtliche Begriff der gemeinsamen Handelspolitik vor dem WTO-Gutachten	49

cc) Der unionsrechtliche Begriff der gemeinsamen Handelspolitik nach dem WTO-Gutachten	50
dd) Der unionsrechtliche Begriff der gemeinsamen Handelspolitik in den Verträgen von Amsterdam und Nizza	51
ee) Der unionsrechtliche Begriff der gemeinsamen Handelspolitik nach dem Vertrag von Lissabon	53
b) Der Begriff der Handelsaspekte des geistigen Eigentums	54
c) Zwischenergebnis	56
2. Art. 207 AEUV als Grundlage interner Rechtsetzung	57
a) Vor Lissabon: Art. 133 EGV als Grundlage interner Rechtssetzungsakte und einer Vereinheitlichung des Urheberrechts	57
b) Nach Lissabon: Art. 207 AEUV als Grundlage interner Rechtssetzungsakte und einer Vereinheitlichung des Urheberrechts	58
3. Zwischenergebnis	62
II. Art. 167 AEUV (Art. 151 EGV, Art. 128 EWG)	63
1. Urheberrecht, Kulturförderung und ihre Rolle im Rahmen der Zielbestimmungen der Union	63
2. Art. 167 AEUV als Grundlage urheberrechtlicher Regelungen?	66
a) Gegenständlicher Bereich der Kulturkompetenz der Union	67
b) Fördernder, unterstützender oder ergänzender Charakter der Kulturkompetenz	68
c) Von der Kulturkompetenz gedeckte Maßnahmen	69
d) Zwischenergebnis	71
III. Art. 118 AEUV	71
1. Voraussetzung des Art. 118 AEUV: Tätigwerden im Rahmen der Verwirklichung oder des Funktionierens des Binnenmarktes	72
a) Zum Begriff des Binnenmarktes	73
aa) Binnenmarkt und Gemeinsamer Markt	73
bb) Schutz eines unverfälschten Wettbewerbs als Teilelement des Binnenmarktes	75

aaa) Einschluss des unverfälschten Wettbewerbs in das Binnenmarktkonzept vor dem Vertrag von Lissabon	76
bbb) Einengung des Binnenmarktkonzeptes durch den Vertrag von Lissabon?	78
cc) Weiter reichende Binnenmarktbeurteilungen	79
dd) Zwischenergebnis	81
b) Im Rahmen: europäische Rechtstitel des geistigen Eigentums müssen dem Binnenmarkt dienen	81
c) Verwirklichung und Funktionieren des Binnenmarktes: ein perfekter Binnenmarkt braucht keine Maßnahmen	83
aa) Unterschiedlichkeit der nationalen Urheberrechte	84
aaa) Das Potential für einen Binnenmarkt urheberrechtlich geschützter Werke	86
bbb) Entfalten Unterschiede zwischen den divergierenden nationalen Urheberrechten rechtlich Wirkung?	89
(1) Hindernisse für die Grundfreiheiten	89
(a) Kumulative Anwendung der nationalen Urheberrechte auf grenzüberschreitende Sachverhalte aufgrund des Territorialitäts- und Schutzlandprinzips	90
(b) Ausnahmsweise Nichtanwendung nationaler Regelungen aufgrund der unionsrechtlichen Gewährleistung der Verkehrsfreiheiten	93
(2) Wettbewerbsverzerrungen	96
bb) Schwierigkeit des Lizenzerwerbs für grenzüberschreitende Verwertungshandlungen	99
cc) Zwischenergebnis	101

2. Rechtsfolge des Art. 118 AEUV: Maßnahmen zur Schaffung europäischer Rechtstitel über einen einheitlichen Schutz der Rechte des geistigen Eigentums in der Union	102
a) Gibt es eine Verpflichtung der Unionsorgane zum Tätigwerden?	102
b) Das Urheberrecht als europäischer Rechtstitel im Sinne des Art. 118 AEUV	104
c) Zum Verhältnis der aufgrund von Art. 118 AEUV zu schaffenden Rechtstitel zu nationalen Urheberrechten – oder: Was der Vertrag von Lissabon im Hinblick auf die Schaffung eines Europäischen Urheberrechts wirklich verändert hat	106
aa) Exkurs: Zur Möglichkeit der Schaffung eines Europäischen Urheberrechts und zu dessen Verhältnis zu den nationalen Urheberrechten <i>vor</i> dem Vertrag von Lissabon	106
aaa) Ein Europäisches Urheberrecht per Verordnung auf der Grundlage von Art. 95 EGV?	107
bbb) Unmöglichkeit der Schaffung gemeinschaftsweiter Rechtstitel als spezifisch gemeinschaftlichen Rechts aufgrund von Art. 95 EGV?	109
ccc) Unmöglichkeit der Schaffung nur parallel anwendbaren Gemeinschaftsrechts auf der Grundlage des Art. 95 EGV	111
ddd) Zwischenergebnis	113
bb) Zur Möglichkeit der Schaffung eines Europäischen Urheberrechts und zu dessen Verhältnis zu den nationalen Urheberrechten <i>nach</i> dem Vertrag von Lissabon	114
aaa) Keine Harmonisierung aufgrund von Art. 118 AEUV?	114
bbb) Erleichterungen und weiter bestehende Schwierigkeiten für die Schaffung eines Unionsurheberrechts nach dem Vertrag von Lissabon	115

ccc) Zwischenergebnis	117
3. Zwischenergebnis zu Art. 118 AEUV	118
IV. Sonstige Rechtsgrundlagen der Binnenmarktkompetenz	118
1. Art. 53 Abs. 1 AEUV (Art. 47 Abs. 2 EGV)	118
2. Art. 62 i.V.m. Art. 53 Abs. 1 AEUV (Art. 55 EGV i.V.m. Art. 47 Abs. 2 EGV)	120
3. Art. 114 AEUV (Art. 95 EGV)	121
4. Zwischenergebnis zu den sonstigen Rechtsgrundlagen der Binnenmarktkompetenz	122
V. Art. 352 AEUV (Art. 308 EGV)	122
1. Bedeutung und ratio des Art. 352 AEUV	123
2. Voraussetzungen des Art. 352 AEUV	124
a) Verwirklichung eines Ziels der Union	124
aa) Kultureller Auftrag	126
bb) Förderung der Wissenschaft	127
cc) Grundfreiheiten und Schutz vor Wettbewerbsverfälschungen	128
dd) Zwischenergebnis	129
b) Im Rahmen der in den Verträgen festgelegten Politikbereiche	130
c) Erforderlichkeit eines Tätigwerdens der Union	132
aa) Erforderlichkeit als kompetenzbegründendes oder die Kompetenzausübung einschränkendes Merkmal	132
bb) Bezugspunkt der Erforderlichkeit	133
cc) Zwischenergebnis	135
d) Fehlen der erforderlichen Befugnisse	136
aa) Urheberrechtliche Maßnahmen trotz fehlenden Binnenmarktbezuges	137
bb) Umgehung des Harmonisierungsverbotes im kulturellen Bereich?	138
e) Zwischenergebnis	139
VI. Zwischenergebnis zu den möglichen Kompetenztiteln	139
§ 5 Die Ausübung der Kompetenzen der Union im Bereich des Urheberrechts	141
I. Allgemeine Kompetenzausübungsschranken	141
1. Das Subsidiaritätsprinzip, Art. 5 Abs. 3 EUV	141

a) Anwendungsvoraussetzung des Subsidiaritätsprinzips: Vorliegen nicht ausschließlicher Kompetenzen	142
aa) Die Binnenmarktkompetenz als nicht ausschließliche Kompetenz	143
bb) Die ergänzende Rechtsetzungsbefugnis als nicht ausschließliche Kompetenz	144
cc) Zwischenergebnis	145
b) Zum Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit	145
c) Zur Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips in der Praxis urheberrechtlicher Rechtsetzung	148
d) Anwendung des Subsidiaritätsprinzips auf urheberrechtliche Regelungen der Union	149
aa) Negativkriterium: nicht ausreichende Zielerreichung durch Maßnahmen der Mitgliedstaaten	150
aaa) Bedeutung des Negativkriteriums	150
bbb) Anwendung des Negativkriteriums auf urheberrechtliche Regelungen der Union	150
(1) Defizite bei der Kulturförderung durch die Mitgliedstaaten?	151
(2) Defizite bei der Wissenschaftsförderung durch die Mitgliedstaaten	152
(3) Defizite bei der Verwirklichung des Binnenmarktes durch die Mitgliedstaaten	153
bb) Positivkriterium: bessere Zielverwirklichung durch die Union	154
cc) Zwischenergebnis	155
2. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip, Art. 5 Abs. 4 EUV	156
a) Geeignetheit urheberrechtlicher Regelungen auf Unionsebene zur Verwirklichung des Binnenmarktes	157
b) Erforderlichkeit urheberrechtlicher Maßnahmen auf Unionsebene zur Verwirklichung des Binnenmarktes	157
aa) Erforderlichkeitsprüfung im Verhältnis zwischen Union und Unionsbürger	158

bb) Erforderlichkeitsprüfung im Verhältnis zwischen Union und Mitgliedstaaten	158
aaa) Wahl des Regelungsinstruments: Vorrang der Richtlinie vor der Verordnung?	159
bbb) Regelungsdichte: Freiräume für den nationalen Gesetzgeber um jeden Preis?	161
c) Angemessenheit urheberrechtlicher Regelungen auf Unionsebene zur Verwirklichung des Binnenmarktes	162
d) Zwischenergebnis	163
II. Art. 167 Abs. 5 als spezielle Kompetenzausübungsregel	164
III. Zwischenergebnis zu den Kompetenzausübungsschranken	166
§ 6 Zwischenergebnis zu den Kompetenzen der Union im Bereich des Urheberrechts	169
 Zweiter Teil: Der Weg zu einem einheitlichen urheberrechtlichen Rahmen für den Binnenmarkt oder: Ob und Wie einer urheberrechtlichen Rechtsvereinheitlichung in Europa	 173
§ 7 Grundsätzliches Bedürfnis nach einem einheitlichen urheberrechtlichen Rahmen im Binnenmarkt oder: Das Ob einer urheberrechtlichen Rechtsvereinheitlichung in Europa	179
I. Grundsätzliche Vorzüge eines Systemwettbewerbs	181
II. Grundsätzliche Vorzüge einer Rechtsvereinheitlichung	184
III. Urheberrechts- und unionsspezifische Erwägungen	187
1. Funktioniert ein Systemwettbewerb im Urheberrecht?	188
a) Systemwettbewerb trotz Territorialitäts- und Schutzlandprinzips?	188
aa) Wahl der Rechtsordnung durch Wahl des Niederlassungs-, Schaffens- oder Veröffentlichungsortes?	189
bb) Wahl der Rechtsordnung durch Wahl des Verwertungsortes?	191
b) Sonstige den Systemwettbewerb behindernde Faktoren	193
2. Beeinträchtigung der kulturellen Vielfalt in Europa durch eine Vereinheitlichung des Urheberrechts in der Union?	193

3. Zwischenergebnis	195
IV. Systemwettbewerb durch das kollisionsrechtliche Herkunftslandprinzip?	196
1. Für das Herkunftslandprinzip	199
a) Argumente zugunsten des Universalitätsprinzips	199
b) Argumente zugunsten eines Binnenmarktes aus der Perspektive des Herkunftslandprinzips	200
aa) Argumente für die Anwendung des Herkunftslandprinzips in bestimmten materiellen Bereichen des Urheberrechts: Schutzvoraussetzungen und erste Inhaberschaft des Urheberrechts	201
bb) Argumente für die Anwendung des Herkunftslandprinzips im Zusammenhang mit notwendig grenzüberschreitenden Verwertungsformen	202
c) Zwischenergebnis	203
2. Für das Schutzlandprinzip	204
a) Schwierigkeiten bei der Bestimmung eines geeigneten Anknüpfungspunktes für ein einheitliches Recht	204
b) Manipulierbarkeit des Anknüpfungskriteriums	206
c) Bedürfnis nach Rechtssicherheit seitens der Nutzer	208
d) Das Schutzlandprinzip als Ausdruck der Wahrung der nationalen Souveränität	209
e) Nur unvollkommene Schaffung eines Binnenmarktes durch das Herkunftslandprinzip	210
f) Zwischenergebnis	212
3. Erfahrungen mit dem materiellrechtlichen Herkunftslandprinzip in der Satelliten- und Kabelrichtlinie	213
4. Zwischenergebnis zum Herkunftslandprinzip	217
§ 8 Wege zu einem Binnenmarkt im Urheberrecht oder: Das Wie einer urheberrechtlichen Rechtsvereinheitlichung in Europa	221
I. Harmonisierung versus Einheitsrecht	223
1. Soft law als eine Alternative zu einer verbindlichen Vereinheitlichung?	224

2. Harmonisierung versus Einheitsrecht	225
a) Zur begrenzten vereinheitlichenden Wirkung einer Harmonisierung	225
b) Rechtssicherheit durch Transparenz der materiellen Rechtslage	230
c) Eindeutigkeit der gerichtlichen Zuständigkeit in urheberrechtlichen Fragen	233
d) Zugänglichkeit effektiven Rechtsschutzes	234
e) Zur Adaptierungsfähigkeit einer Harmonisierungslösung und eines Einheitsrechts	237
f) Zur Kohärenz und Stimmigkeit eines urheberrechtlichen Regelungssystems	239
aa) Logische Brüche im <i>acquis</i> selbst aufgrund des sequentiellen und sektoriellen Vorgehens des Unionsgesetzgebers	241
bb) Logische Brüche in den nationalen Urheberrechtsordnungen durch die notwendige Umsetzung in den Mitgliedstaaten	244
g) Zu den Auswirkungen der Vereinheitlichungstechnik auf die materielle Ausgestaltung des Urheberrechts	247
aa) Auslassung grundlegender gesetzgeberischer Entscheidungen bei sequentiell erfolgender Vereinheitlichung	247
bb) Auswirkungen der Vereinheitlichungstechnik auf das urheberrechtliche Schutzniveau	248
h) Programmatische Bedeutung der Vereinheitlichungstechnik?	251
i) Zwischenergebnis	252
II. Auswirkungen auf die Lizenzierungspraxis	254
1. Erschöpfungsgrundsatz im Bereich der körperlichen Verwertung	255
2. Zur Zulässigkeit der Lizenzierung getrennt nach Mitgliedstaaten	256
3. Auswirkungen der Schaffung eines einheitlichen Europäischen Urheberrechts	258
III. Zwischenergebnis zum Wie der Rechtsvereinheitlichung	260

§ 9	Verwertungsrelevante Materien des Urheberrechts: welche Bereiche des materiellen Urheberrechts brauchen eine einheitliche Grundlage oder das Was einer urheberrechtlichen Rechtseinheitlichung in Europa	261
I.	Schutzvoraussetzungen	264
1.	Vereinheitlichung aufgrund internationaler Konventionen	264
2.	Vereinheitlichung innerhalb der Europäischen Union	266
3.	Auswirkungen der Rechtsunterschiede auf den Binnenmarkt	270
a)	Theoretische Wirkung von unterschiedlichen Schutzvoraussetzungen auf die Verwertung	270
b)	Praktische Relevanz unterschiedlicher Schutzvoraussetzungen für die Verwertung	270
4.	Zwischenergebnis zu den Schutzvoraussetzungen	274
II.	Rechtsinhaberschaft	275
1.	(Fehlende) Vereinheitlichung aufgrund internationaler Konventionen	275
a)	Unterschiedliche Einordnung von Werken im Rahmen von Arbeitsverhältnissen	276
b)	Unterschiedliche Einordnung von Werken mehrerer Schöpfer	278
c)	Zwischenergebnis	279
2.	Vereinheitlichung innerhalb der Europäischen Union	279
a)	Besondere Regelungen der Rechtsinhaberschaft in der Computerprogramm- und der Datenbankrichtlinie	280
b)	Besondere Regelungen der Rechtsinhaberschaft für Filmwerke	283
c)	Allgemeine Regelung der Rechtsinhaberschaft in der Schutzdauer richtlinie	284
aa)	Schutzfristberechnung bei Miturheberschaft	285
bb)	Schutzfristberechnung bei Kollektivwerken und bei Urheberschaft juristischer Personen	286
cc)	Schutzfristberechnung bei Filmwerken und musikdramatischen Werken	287
d)	Zwischenergebnis	288
3.	Auswirkungen der Rechtsunterschiede auf den Binnenmarkt	289

a) Einfluss der Zuweisung der Rechtsinhaberschaft auf die rechtliche und wirtschaftliche Position der am Schaffens- und Verwertungsprozess Beteiligten	290
b) Auswirkungen der Zuweisung der Rechtsinhaberschaft auf die Schutzfristberechnung	292
4. Zwischenergebnis zur Rechtsinhaberschaft	294
III. Schutzdauer des Urheberrechts	295
1. Vereinheitlichung aufgrund internationaler Konventionen	295
2. Vereinheitlichung innerhalb der Europäischen Union	296
3. Auswirkungen der Rechtsunterschiede auf den Binnenmarkt	297
4. Zwischenergebnis zur Schutzdauer des Urheberrechts	299
IV. Verwertungsrechte	300
1. Vereinheitlichung aufgrund internationaler Konventionen	301
2. Vereinheitlichung innerhalb der Europäischen Union	302
a) Vervielfältigungsrecht	302
b) Verbreitungsrecht	306
c) Recht der öffentlichen Wiedergabe	311
aa) Recht der öffentlichen Zugänglichmachung	312
bb) Senderecht	316
cc) Gewährung eines Vor- und Aufführungsrechts?	319
dd) Zwischenergebnis	320
d) Zwischenergebnis zur Rechtsvereinheitlichung in der Union	321
3. Auswirkungen der Rechtsunterschiede auf den Binnenmarkt	322
4. Zwischenergebnis zu den Verwertungsrechten	324
V. Urheberpersönlichkeitsrecht	325
1. Vereinheitlichung aufgrund internationaler Konventionen	326
2. (Fehlende) Vereinheitlichung innerhalb der Europäischen Union	327
3. Auswirkungen der Rechtsunterschiede auf den Binnenmarkt	332
a) Praktische Relevanz der Rechtsunterschiede für den Binnenmarkt	334
b) Folgerungen im Hinblick auf die Rechtsetzungskompetenz der Union und auf die Sinnhaftigkeit einer Vereinheitlichung	338

aa)	Trennbarkeit von Urheberpersönlichkeitsrecht und Verwertungsrechten: Monismus und Dualismus	340
bb)	Mögliche Auswirkungen einer Trennung	341
aaa)	Gefährdung der Kohärenz des urheberrechtlichen Gesamtsystems	341
bbb)	Gefahr einer Schwächung des Urheberpersönlichkeitsrechts?	343
ccc)	Der Schutz des Urheberpersönlichkeitsrechts aus kulturellen Gründen	344
ddd)	Der Schutz des Urheberpersönlichkeitsrechts aus persönlichkeitsrechtlichen Gründen	345
eee)	Die USA als Beispiel für eine Trennung von wirtschaftlichen Rechten und Urheberpersönlichkeitsrecht	347
cc)	Zusammenfassung	349
4.	Zwischenergebnis zum Urheberpersönlichkeitsrecht	350
VI.	Schranken des Urheberrechts	351
1.	Vereinheitlichung aufgrund internationaler Konventionen	352
2.	Vereinheitlichung innerhalb der Europäischen Union	353
a)	Begrenzte Vereinheitlichende Wirkung der Schrankenregelungen auf Unionsebene	354
aa)	Freiräume bei der Art und Weise der Umsetzung einer Schranke	355
bb)	Nur fakultative Umsetzung urheberrechtlicher Schranken	358
cc)	Abschließender Charakter des Schrankenkatalogs auf Unionsebene	360
dd)	Keine Regelung der Vergütung für erlaubnisfreie Nutzungen	363
ee)	Zwischenergebnis	365
b)	Intransparenz und Rechtsunsicherheit aufgrund der unterschiedlichen Systematik der Schrankenkataloge	365
c)	Logische Brüche im <i>acquis</i> aufgrund des ungeklärten Verhältnisses der verschiedenen Schrankenkataloge	366
d)	Zwischenergebnis	368

3. Auswirkungen der Rechtsunterschiede auf den Binnenmarkt	368
a) Vorüberlegungen	368
b) Untersuchung der Schranken auf ihre Binnenmarktrelevanz: Kriterien und Beispiele	372
c) Binnenmarktrelevanz von Vergütungsregelungen	376
d) Zwischenergebnis	378
4. Zwischenergebnis zu den Schranken des Urheberrechts	379
VII. Schutz technischer Schutzmaßnahmen	380
1. Vereinheitlichung aufgrund internationaler Konventionen	381
2. Vereinheitlichung innerhalb der Europäischen Union	381
3. Auswirkungen der Rechtsunterschiede auf den Binnenmarkt	386
4. Zwischenergebnis zum Schutz Technischer Schutzmaßnahmen	389
VIII. Urhebervertragsrecht	390
1. Vereinheitlichung aufgrund internationaler Konventionen	391
2. Vereinheitlichung innerhalb der Europäischen Union	391
a) Weitgehende Aussparung des Urhebervertragsrecht	392
b) Vereinzelte urhebervertragsrechtliche Normen	393
aa) Urhebervertragsrechtliche Bestimmungen im Verhältnis zwischen Kreativen und Verwertern	393
bb) Urhebervertragsrechtliche Bestimmungen im Verhältnis zu den Nutzern	395
c) Divergierende Regelungen des Urhebervertragsrechts in den nationalen Urheberrechten	396
d) Zwischenergebnis	401
3. Auswirkungen der Rechtsunterschiede auf den Binnenmarkt	401
a) Auswirkungen von Rechtsunterschieden auf den Binnenmarkt unter rechtlichen Gesichtspunkten: das Statut des Urhebervertragsrechts	402
b) Auswirkungen der Rechtsunterschiede unter tatsächlichen Gesichtspunkten: zur Verwertungsrelevanz des Urhebervertragsrechts	404
aa) Kompetenzrechtliche Bedenken gegen eine Regelung des Urhebervertragsrechts	405

bb) Auswirkungen des Urhebervertragsrechts auf die Verwertung urheberrechtlich geschützter Werke	406
aaa) Auswirkungen urhebervertragsrechtlicher Regeln im Verhältnis zwischen Urheber und Verwerter	407
bbb) Auswirkungen urhebervertragsrechtlicher Regeln im Verhältnis zu den Nutzern	409
cc) Zwischenergebnis	409
4. Zwischenergebnis zum Urhebervertragsrecht	410
IX. Recht der kollektiven Wahrnehmung	411
1. (Fehlende) Vereinheitlichung aufgrund internationaler Konventionen	411
2. Vereinheitlichung innerhalb der Europäischen Union	412
a) Divergierende Regelungen des Rechts der kollektiven Rechtswahrnehmung in den nationalen Urheberrechten	413
b) Harmonisierung durch die Wahrnehmungsrichtlinie	415
3. Auswirkungen der Rechtsunterschiede auf den Binnenmarkt	417
a) Binnenmarktrelevanz des Rechts der Verwertungsgesellschaften	419
b) Zu regelnde Bereiche des Rechts der Verwertungsgesellschaften	424
c) Regelung durch das Wettbewerbsrecht	425
4. Zwischenergebnis zum Recht des Verwertungsgesellschaften	427
X. Zwischenergebnis zur Verwertungsrelevanz der Urheberrechtsbereiche	428
 Dritter Teil: Perspektiven für ein Europäisches Urheberrecht	 431
§ 10 Europäisches Einheitsurheberrecht: Verdrängung der nationa- len Urheberrechte oder Koexistenz?	437
I. Verdrängung des nationalen Urheberrechts durch ein Unionsurheberrecht	439

1. Gesamtverdrängungslösung: Verdrängung der nationalen Urheberrechte insgesamt	439
a) Grundrechtlich verbürgter Schutz wohlervorbener Rechte und zeitliche Übergangsregelungen	441
aa) Zeitliche Übergangsregelungen zur Vermeidung eines Eingriffs in den grundrechtlichen Eigentumsschutz	443
bb) Rechtfertigung eines Eingriffs in den grundrechtlichen Eigentumsschutz im Falle der Anwendung des Unionsurheberrechts auch auf vorbestehende Werke	445
b) Realisierungschancen einer Gesamtverdrängungslösung	448
c) Die Gesamtverdrängungslösung vor dem Hintergrund der Unionskompetenzen	450
2. Differenzierte Verdrängungslösung: Nur teilweise Verdrängung der nationalen Urheberrechte durch das Unionsurheberrecht	451
a) Verdrängung der nationalen Urheberrechte für bestimmte Werkkategorien	453
aa) Zur Kategorie des audiovisuellen Werks	454
bb) Zur Kategorie des Onlinevertriebes	456
cc) Erforderlichkeit zusätzlicher Differenzierung aufgrund der kompetenziellen Vorgaben des Primärrechts	458
b) Kombinationsmodell: Verdrängung der nationalen Urheberrechte in Teilbereichen des materiellen Urheberrechts	459
aa) Vorzüge des Kombinationsmodells	461
bb) Herausforderungen für das Kombinationsmodell	462
3. Möglichkeit eines schrittweisen Vorgehens bei der Vereinheitlichung	466
4. Zwischenergebnis	468
II. Koexistenz von nationalem und Unionsrechtstitel	471
1. Vorzüge der Koexistenz von nationalen Urheberrechten und Unionsurheberrecht	473
2. Zwei Formen der Koexistenz: konkrete oder abstrakte Alternativität	475

3. Konkrete Alternativität von nationalem und Unionsurheberrecht	477
a) Bestimmung des im Einzelfall maßgeblichen Rechtstitels durch eine Partei	478
b) Bestimmung des im Einzelfall maßgeblichen Rechtstitels durch objektive Anknüpfung	480
4. Abstrakte Alternativität von nationalem und Unionsurheberrecht	481
a) Festlegung des für einen Schutzgegenstand maßgeblichen Rechtstitels durch Registrierung	483
aa) Das Unionsurheberrecht als Registerrecht (Opt-in)	484
bb) Das nationale Urheberrecht als Registerrecht (Opt-out)	488
cc) Begrenzung der Wahlmöglichkeit des Rechtsinhabers	489
b) Andere Möglichkeiten der Festlegung des für einen Schutzgegenstand maßgeblichen Rechtstitels	490
c) Herausforderungen an das Modell der abstrakten Alternativität	492
aa) Gefahr einer unangemessenen Privilegierung der Rechtsinhaber?	492
bb) Konflikte beim Zusammentreffen mehrerer Rechtsinhaber an einem Werk	493
cc) Sonstige Fragen an das Modell der abstrakten Alternativität	495
5. Zwischenergebnis	496
III. Zwischenergebnis zu Verdrängungslösung und Koexistenzlösung	498
§ 11 Ergebnis	503
Literaturverzeichnis	515